

Antrag

der 187. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 24. Mai 2024

Steigende Netzkosten im Strom- und Gasbereich gerechter verteilen

Aufgrund stark gestiegener Energiepreise sind im Jahr 2023 auch die Netzverlustentgelte der Netzbetreiber explodiert, wurden jedoch ab März 2023 über direkte Bundesförderungen großteils wieder eingefangen. Dieser einmalige Eingriff kann jedoch einen zukünftigen Anstieg der Netzentgelte für Haushaltskund:innen nicht verhindern.

Strom- und Gasnetze stellen ein natürliches Monopol dar. Um die Kund:innen daher vor ungebührlichen Preiserhöhungen zu schützen, werden die Netzentgelte nach behördlicher Prüfung per Verordnung durch die E-Control festgelegt, wobei diese Entgelte auf Basis der Kosten für den Netzausbau, für den Betrieb und für die Instandhaltung berechnet werden. Diese Netzkosten sind jedoch zwischen Energieerzeugern und den Verbraucher:innen einerseits und andererseits auch zwischen den verschiedenen Verbraucher:innengruppen ungleich verteilt. Energieerzeuger selbst tragen nur 1,4 % der Stromnetzkosten, der Rest wird von den Verbraucher:innen übernommen. Hier wiederum werden 43 % der Kosten von den privaten Haushalten bezahlt, wengleich diese nur ca. ein Viertel des Stromverbrauchs verantworten.

Im Zuge der Energiewende ist sowohl beim Stromnetz als auch beim Gasnetz in den nächsten Jahren ein enormer Ausbau notwendig. Die vermehrte Schaffung von dezentralen Photovoltaikanlagen sowie die steigende Elektrifizierung unserer Mobilität und Wärmegewinnung macht den Stromnetzausbau dringend erforderlich. Auch bei den Gasnetzen sind insbesondere für die Erschließung neuer Gasimportrouten hohe Investitionen geplant.

Hinzu kommt, dass diese Netzkosten von immer weniger Endkund:innen getragen werden. Netznutzer:innen gehen aufgrund der steigenden Eigenversorgung über private Photovoltaikanlagen zurück. Der Tausch von Gasheizungen gegen klimafreundliche Alternativen führt ebenfalls dazu, dass immer weniger Gas durch die Gasleitungen fließt. Hier treffen also steigende Netzkosten auf eine geringere Kund:innenanzahl, was die Belastung für den/die Einzelne(n) erhöht. Dieser Effekt ist bei den Netzentgelten bereits sichtbar.

Eine Verteilung der Netzkosten auf eine größere Gruppe an Zahlenden (auch aus der Industrie, dem Gewerbe oder Energiehändlern) ist daher zukünftig unumgänglich. Eine Transformation zu einer klimaneutralen Zukunft kann nur gelingen, wenn sich alle beteiligen und die Kosten fair verteilt werden. Zudem ist auf eine koordinierte gute Netzplanung zu achten, um unnötige Investitionen zu vermeiden.

Die 187. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die Bundesregierung und die zuständige Energie- und Infrastrukturministerin auf,

- 1. die Netzkosten vor allem im Strombereich stärker verursachergerecht zuzuordnen und über ein neues System der Kostenzuteilung gemeinsam mit der Regulierungsbehörde E-Control, Energiehändler, Stromproduzenten und Großverbraucher:innen stärker daran zu beteiligen,**
- 2. einen rechtsverbindlichen Netzentwicklungsplan sowohl im Gas- als auch im Strombereich unter Einbeziehung aller Netzbetreiber festzulegen.**